

## Mehr als 100 Windräder: Da sagt der Rheingau die Energiewende ab

Nur mit unrealistisch vielen Anlagen könnte der ehrgeizige Plan zum Klimaschutz erreicht werden. Nun gibt der Rheingau-Taunus-Kreis ihn auf.

RHEINGAU-TAUNUS-KREIS. Im Rheingau-Taunus-Kreis ist die anfängliche Euphorie verflogen. Zwei Jahre nach der Vorlage eines umfassenden „Masterplans Erneuerbare Energie“ hat der Kreistag in seiner Mehrheit eingesehen, dass seine ehrgeizigen Ziele in der Klimaschutzpolitik nicht erreichbar sind. Denn dazu müsste eine unrealistisch große Zahl an Windrädern aufgestellt werden.

Derzeit sind in einem der windreichsten Landkreise Hessens nur in den beiden Gemeinden Heidenrod und Hohenstein insgesamt 24 Windräder mit einer installierten Gesamtleistung von 55 Megawatt in Betrieb. Von den darüber hinaus beantragten 19 Windrädern auf den Gemarkungen von Taunusstein, Lorch, Geisenheim und Heidenrod-Springen mit einer Gesamtleistung von 54 Megawatt haben allerdings wohl nur jene in Springen absehbar eine Chance auf Genehmigung. Und weitere Windparks sind nicht in Vorbereitung. Daneben gibt es noch fast 2000 Photovoltaikanlagen mit einer Leistung von knapp 30 Megawatt, während Wasserkraft, Biomasse und Geothermie absehbar keine nennenswerte Rolle spielen.

Ursprünglich hatte der Kreistag die Absicht formuliert, dass Rheingau und Untertaunus bis zum Jahr 2020 bilanziell vollständig ihren Strom aus erneuerbaren Energien beziehen sollten und dass der Ausstoß an Kohlendioxid bis dahin um 40 Prozent verringert werden sollte. Einen verbindlichen Plan, wie diese Ziele schrittweise erreicht werden sollten, gab es jedoch schon deshalb nie, weil der Kreis über keine eigenen Flächen zur Aufstellung von Windrädern verfügt und sich weitgehend auf Beratung, Information und Werbung beschränkt.

Den Anlass, sich von seinen wenig realistischen Klimaschutzziele endgültig zu verabschieden, gab aber erst die AfD. Die neue, drittstärkste Fraktion im Kreistag hatte einen Antrag mit 14 Seiten Begründung für einen „sofortigen Baustopp für Windräder im Rheingau und Taunus“ gestellt, obwohl derzeit gar keine Windparks im Aufbau sind. Wenig überraschend war daher, dass der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt wurde. Doch ein gemeinsamer Antrag von CDU und FDP fand dank FWG und AfD eine Mehrheit, so dass der Kreistag per Beschluss feststellte, dass „die Ziele des Masterplans Energie nicht mehr erreichbar sind“.

Die Autoren des Masterplans hatten 2014 errechnet, dass 118 Rotoren mit einer Leistung von je 2,5 Megawatt bei 2000 Volllaststunden rechnerisch einen Stromertrag von fast 600 000 Megawattstunden liefern und damit knapp 90 Prozent des Strombedarfs von rund 666 000 Megawattstunden decken könnten. Eine solche Zahl von Windrädern sei aber „unvereinbar mit dem Schutz unserer Kultur- und Naturlandschaft“, heißt es in dem jetzt gefassten Beschluss und weiter: „Bei der Kreisentwicklung muss der Schutz der Kultur- und Naturlandschaft auch unter touristischen Aspekten ein wesentliches Ziel bleiben.“ Gegen die Stimmen von SPD, Grünen und Linkspartei hat der Kreistag zudem beschlossen, dem schon 2010 gegründeten Verein

„Kompetenzzentrum Erneuerbare Energien“ von 2017 an den jährlichen Zuschuss in Höhe von 75 000 Euro zu streichen. Das Zentrum mit dem Landrat als Vorsitzendem soll eigentlich die lokale Energiewende forcieren. Allerdings hält es zum Erreichen der gesteckten Ziele in Übereinstimmung mit dem Masterplan es für erforderlich, „das im Rheingau-Taunus-Kreis vorhandene Windenergiepotential zu nutzen“. Genau das will die Kreistagsmehrheit aber nicht. Um das Kompetenzzentrum, seinen Nutzen und seine Bilanz gab es schon in der Vergangenheit heftigen Streit. Denn der Kreis trägt den Verein trotz seiner mehr als 100 Mitglieder finanziell fast allein, und das Geld fließt vornehmlich in die Entlohnung der Geschäftsführung und in die Verwaltung. Daher hatte die AfD die ersatzlose Streichung des Zuschusses für das Zentrum gefordert, dessen Fortbestand nun fraglich ist.

Politisch brisant ist die Entscheidung der Kreistagsmehrheit auch deshalb, weil die stellvertretende Vorsitzende des Zentrums die Fraktionschefin der Grünen im Kreistag, Ingrid Reichbauer, ist. Sie war im vergangenen Jahr zudem auf eine Stelle als Leiterin der Stabsstelle im Energiedienstleistungszentrum des Kreises berufen worden, das als „grüner“ Wärmelieferant für öffentliche Gebäude ebenfalls mit der Energiewende beschäftigt ist.

Erst im vergangenen Jahr hatte das Zentrum einen ersten Bericht über seine Arbeit der zurückliegenden fünf Jahre veröffentlicht. Das Rechnungsprüfungsamt des Kreises hatte sich damals unverblümt kritisch geäußert. Nennenswerte Erträge seien aus der Vereinstätigkeit nicht erwirtschaftet worden und der Verein sei ausschließlich von Zuschüssen des Kreises abhängig. Rot-Grün fecht das aber nicht an. Dem Zentrum wurden weitere Zuschüsse bis mindestens Ende 2020 zugesagt. Dazu wird es nach der Kehrtwende im Kreistag aber nicht kommen.

Die FDP sieht nun die Chance für eine Neuausrichtung der Energiepolitik gekommen, weil sich der Kreis der Realität stellen müsse. Der Ausbau der Windkraft in dem im Plan beschriebenen Umfang sei mangels geeigneter Fläche nicht möglich und aus Landschafts- und Naturschutzgründen nicht zu vertreten. Ganz ähnlich sieht das die CDU. Derart viele Windräder hätten die Landschaft nachhaltig verändert, sagt der Fraktionsvorsitzende André Stolz und verweist auf den Hunsrück als abschreckendes Beispiel. Auch dürfe der Welterbestatus Oberes Mittelrheintal nicht gefährdet werden, meint Stolz im Hinblick auf die Lorcher Windkraftpläne.

Die enttäuschten Grünen werfen der CDU vor, die Klimaschutzziele im Landkreis aufzugeben, ohne eine Alternative zum Gelingen der Energiewende aufzuzeigen. Damit werde auch der bisherige Konsens aufgekündigt, dass der Kohlendioxidaußstoß verringert werden müsse. Die bisherigen Bekenntnisse der CDU zur Energiewende seien somit wertlos. Zudem agiere die CDU im Kreis entgegen der in Wiesbaden von Schwarz-Grün vereinbarten Klimaschutzpolitik.

Auf Wunsch von CDU und FDP soll der Kreisausschuss zudem noch nachträglich eine Stellungnahme zum Teilplan Erneuerbare Energie des Regionalplans Südhessen verfassen und sich auf seine Meinung von 2012 rückbesinnen, wonach das Obere Mittelrheintal, der Wispertaunus sowie der Taunuskamm generell von Windkraftanlagen freizuhalten seien. OLIVER BOCK



Rhein-Main baut: Der Ballungsraum ist ein Zugzugsgebiet – und braucht Platz für Wohnungen und Häuser.

Foto Marcus Kaufhold

## Unter Flugzeugen, auf grünen Wiesen

Die Region sucht nach Flächen für Wohngebiete / „Frankfurt drängt raus“

RHEIN-MAIN. Wohl dem, der im Augenblick auf seiner Gemarkung im Rhein-Main-Gebiet Flächen zur Wohnbauentwicklung anbieten kann. Investoren, Bauträger und Projektentwickler waren in dieser Woche wieder auf der Immobilienmesse Expo Real in München unterwegs – immer auf der beinahe verzweifelten Suche nach Arealen, die im Ballungsraum liegen und über den öffentlichen Nahverkehr oder Straßen an Frankfurt angebunden sind. Es gibt kaum einen Zweifel, dass in den nächsten Jahren der Zuzug ins Rhein-Main-Gebiet anhält. Bei der Hessen-Agentur fasst man den Trend prägnant zusammen: „Hessen wird älter, Hessen zieht in die Stadt, und die liegt im Süden des Landes.“

Profiteure der Entwicklung ist etwa Hanau. Die frühere Garnisonsstadt hat mit der Pioneer-Kaserne im Stadtteil Wolfgang noch immer Flächen anzubieten. Derzeit läuft nach Angaben von Oberbürgermeister Claus Kaminsky die Ausschreibung für die Bebauung, 3000 Menschen sollen dort ein neues Zuhause finden. „Die Bauträger stehen bei uns Schlange“, sagt Kaminsky, das sei eine „schöne kommunale Situation“.

Dabei macht sich der Sozialdemokrat keine Illusionen über die Anziehungskraft seiner Kommune. „Hanau ist kein Selbstläufer“, sagt er, die Stadt „kriegt nichts geschenkt.“ Doch man habe in den vergangenen Jahren viel getan, in die Innenstadt investiert und könne nun vom „Überlaufeffekt“ Frankfurts profitieren. Dort gibt es kaum noch Flächen, die Preise gehen durch die Decke.

Dennoch will Kaminsky eines der letzten großen Siedlungsareale der Stadt nicht einfach zubauen lassen. Ziel sei es, ein ganz besonderes Stadtquartier zu schaffen, „ein Königsprojekt“, in dem es von hochwertig bis preisgünstig, vom Passivhaus bis zur altersgerechten Wohnung alles geben soll.

Auch Rüsselsheim kann sich glücklich schätzen. Oberbürgermeister Patrick Burghardt (CDU) weist auf 60 Hektar hin, die im Stadtteil Bauschheim für Wohnen und Gewerbe vorgesehen sind. In der städtischen Werbebroschüre ist von einem der „größten Entwicklungsareale im dichtbesiedelten Rhein-Main-Gebiet“, die es überhaupt nicht gebe, die Rede. In Rüsselsheim firmiert das Gebiet als „Eselswiese“, und zwar als eine mit Autobahnanschluss.

Für den größten Teil, 45 Hektar – das ist von der Fläche her das halbe Frankfurter Europaviertel –, wird derzeit ein Entwickler gesucht, im nächsten Jahr soll es als Wohngebiet „final geplant“ und 2018 erschlossen und verkauft werden. Wie viele Menschen dort hinziehen werden, lässt Burghardt noch offen. Bauschheim hat 5000 Einwohner. Man könne nicht auf einen Schlag die Einwohnerzahl verdoppeln, sagt Burghardt, das ginge nicht gut.

## Vorsicht, Baumarbeiten!

An Hessens Straßen werden Gehölze beschnitten / Abtransport folgt später

rieb. FRANKFURT. In diesen Wochen lässt Hessen Mobil die Bäume und Sträucher an Hessens Straßen zurückschneiden. Mit den Arbeiten wird sichergestellt, dass die Sicht auf die Fahrbahn und die Beschilderung durch Äste nicht versperrt wird. Zudem entfernen die Arbeiter der Straßenmeistereien, aber auch von Fremdfirmen, totes Holz und kranke Bäume, damit durch herabfallende Äste keine Unfälle entstehen können. Die Grünflächen entlang der hessischen Straßen sind um fast die Hälfte größer als die eigentlichen Fahrbahnhöhen.

Im Vordergrund steht für Hessen Mobil die Verkehrssicherheit. Aber die Straßenverwaltung achtet auch darauf, dass die Arbeiten umweltverträglich geschehen: So werden Bäume nur zwischen Oktober und Februar zurückschnitten. Werden Bäume gefällt, werde dies zuerst mit den Naturschutzbehörden abgestimmt, teilte Burkhard Vieth, Präsident von Hessen Mobil, mit: „Wir richten uns streng nach den Vorgaben des Bundesnaturschutzgesetzes.“

Weil bei den Gehölzarbeiten in Straßennähe gearbeitet wird und zuweilen

sich Partsch. Das sind allerdings Regelungen, die nicht die Kommune beeinflussen kann. Schon jetzt wohnen doch Menschen in Stadtteilen wie Wixhausen, Arheilgen und Kranichstein. Er könne sich zum Beispiel im Süden von Wixhausen Wohnbebauung gut vorstellen, sagt Partsch: „Wir brauchen für die Zukunft kluge Lösungen.“ Schließlich müsse Darmstadt aufgrund der dynamischen Entwicklung der Stadt bauen, wo es nur gebe.

„Wir müssen an die heiligen Kühe herangehen“, fordert Monika Meyer, Geschäftsführerin des Instituts für Wohnen und Umwelt in Darmstadt. Die seit einigen Jahren mantraartig geforderte Nachverdichtung in den Städten kommt ihrer Ansicht nach an ihre Grenzen. „Da geht nichts mehr“, sagt sie, „das wird allmählich unerträglich eng.“ Meyer hält es für an der Zeit, über die Bebauung von Äckern und „Gestrüpp“ zu reden, „auch der ein oder andere Kleingarten steht zur Disposition“, sagt sie. Und Meyer will auch Neubaugebiete auf der grünen Wiese nicht mehr ausschließen, zu stark sei die Nachfrage nach Wohnungen.

Die Furcht der Bürger, es könnten wieder Trabantenstädte ohne ausreichende Infrastruktur auf der grünen Wiese entstehen wie in den siebziger Jahren, hält die Architektin für unbegründet. Man müsse es nur „schlau machen“, auf eine kleinteilige Nutzungsstruktur achten. Wie ohnehin der enorme Druck zur Folge haben müsse, dass die Städte weniger das einzelne Grundstück oder das einzelne Quartier in den Blick nähmen. Die Kommunen müssten ganzheitlicher planen, mehr den Städtebau und letztlich auch die Raumplanung, die Entwicklung der gesamten Region, wieder in den Fokus rücken. MECHTHILD HARTING

## RHEINGAU-TAUNUS-KREIS

### Servus, Energiewende

Von Oliver Bock



Die Windpotentialkarte des Landes Hessen weist den Rheingau-Taunus-Kreis als einen der chancenreichsten Standorte zur Nutzung der Windenergie aus. Auf dem Taunuskamm und den Höhenzügen des Rheingaugebirges bläst der Wind kräftiger als in vielen anderen Regionen des Landes. Dennoch wird es dem Kreis weder kurz- noch mittelfristig gelingen, auch nur annähernd den eigenen Stromverbrauch aus erneuerbaren Energien zu decken.

Das ist auch gut so, weil die sonst notwendige Aufstellung von 100 oder mehr Windrädern einer außerordentlich wertvollen Kulturlandschaft immensen Schaden zufügen würde. Und nicht nur das. Alle bisherigen Anzeichen deuten darauf hin, dass das Welterbe-Prädikat der Unesco für das Obere Mittelrheintal in Gefahr geraten wird, wenn sich das Land Hessen nicht endlich zu der gleichen Einsicht durchringt wie das Nachbarland Rheinland-Pfalz: In der Kern- und der Randzone der Welterberregion haben Windräder nichts verloren. Aber auch für die Freihaltung des Taunuskamms von Rotoren sprechen gewichtige Gründe des Denkmal- und des Grundwasserschutzes, weshalb sich das Regierungspräsidium mit den Genehmigungsverfahren offenkundig äußerst schwer tut.

Die Zahl von bisher 24 Rotoren im Rheingau-Taunus wird daher in den nächsten Jahren nur noch geringfügig höher werden. Insofern ist es nur konsequent, wenn der Kreistag sich von unrealistischen klimapolitischen Zielen verabschiedet. Eine zumindest rechnerische Autarkie ist beim Strom nicht erreichbar, von der Wärmeversorgung erst gar nicht zu reden. Der Beitritt des Kreises in das Netzwerk „100 Prozent Erneuerbare Energie-Regionen“ und die Unterzeichnung der „Charta 100 Kommunen für den Klimaschutz“ hatten insofern allenfalls symbolischen Charakter. Doch Symbole erzeugen nun einmal keinen Strom, und sie helfen auch dem Klima nicht.

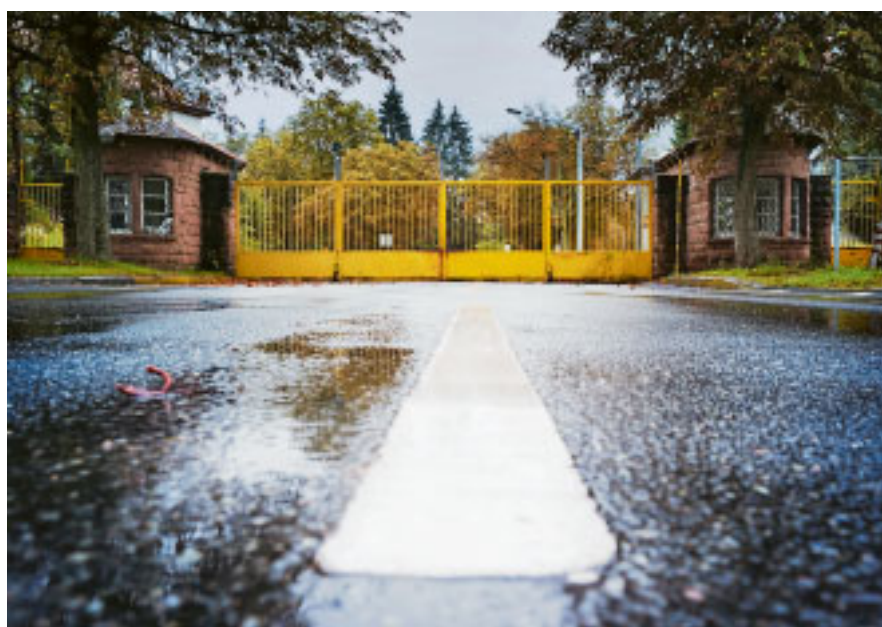
Die Kehrtwende des Kreises bei der lokalen Klimaschutzpolitik hat über die Kreisgrenzen hinaus Bedeutung. Denn sie bringt auch das Land in Verlegenheit, wenn die windhöflichsten Standorte nicht für die Erzeugung der Windenergie genutzt werden. Immerhin war Hessen bei der Formulierung seiner eigenen Ziele weitaus vorsichtiger als der Kreis. Erst bis zum Jahr 2050 soll das Land seinen Verbrauch an Strom und Wärme vollständig aus erneuerbaren Energien decken. Bis dahin fließt noch viel Wasser den Rhein hinunter, und die heutigen Politiker sind allesamt nicht mehr im Amt.

## Mann erstochen: Neun Jahre Haft

MAINZ (Irs). Ein halbes Jahr nach einer Messerstecherei an einer Bushaltestelle hat das Landgericht Mainz einen Familienvater wegen Totschlags zu neun Jahren Haft verurteilt. Die Richter konnten weder Mordmerkmale noch ein konkretes Motiv erkennen, hieß es gestern im Gerichtssaal. Der 45 Jahre alte Verurteilte war laut Anklage am 17. März im Mainzer Stadtteil Lerchenberg mit einem Faustmesser auf einen früheren Freund losgegangen. Das Opfer erlitt Stichverletzungen und verblutete. „Das Opfer war zur falschen Zeit am falschen Ort“, sagte der Vorsitzende Richter Reinhold Koch.

Vor der Tat hatte sich der Angeklagte über einen unangekündigten Besuch einer Frau geärgert, die laut Gericht 1000 Euro von ihm zurückverlangte. In seiner Wut lief der Mann auf die Straße und sah zufällig den bei ihm in Ungnade gefallenen Freund an einer Bushaltestelle. Mit den Worten „Den bringe ich jetzt um“ lief der Verurteilte zurück in seine Wohnung und holte das Messer. Der Angeklagte gab das Verbrechen zu, sagte jedoch: „Ich wollte ihn nicht töten, sondern ihm ein Zeichen im Gesicht setzen, damit er stets daran erinnert wird, was er mir angetan hat.“

Der Familienvater machte das Opfer unter anderem für den Tod seiner Ehefrau verantwortlich, weil es diese überredet habe, schwer krank noch einmal in ihre ferne Heimat zu reisen. Das Gericht sprach von einem Motivbündel, das derart facettenreich gewesen sei, dass ein tragendes Leitmotiv nicht festzustellen sei. „Für die Annahme eines niedrigeren Beweggrundes als Mordmerkmal fehlt es an erklärbareren Anhaltspunkten“, hieß es.



Glückliche Garnisonsstädte: Aus Kasernen sollen Wohngebiete werden. Foto Frank Röth

Sie suchen die beste Küche zum kleinsten Preis? Nehmen Sie unsere Küche des Monats!

Achtung: Nur bis 31.10.!

Küche des Monats: nur 8.510€ statt 14.486€!

Jetzt mit dieser Top-Ausstattung im Paketpreis, u.a.:

- Granit Steel Grey poliert
- Siemens Backofen HM 676 G0S1
- Siemens Wandhaube LC 97 BC 532
- Siemens Induktionskochstelle EH 800 FFB 1E inkl. 4-fach Topfset HZ390042

Und vieles mehr! Fragen Sie Ihren Küchenspezialisten!

Ihr Werkstudio Kriflet:

Beyerbachstraße 1, T: 0 61 92 / 30 91 90

Geöffnet: Mo – Mi 10 – 19 Uhr

Michael Marquardt GmbH & Co. KG, Osterfeldstr. 2-4, 99809 Erleben

Deutschlands Nr. 1 für Küchen mit Granit

MARQUARDT KÜCHEN

Auf zu neuen Ufern – die Zeitung ist der beste Weg zum Ziel.